



HESSISCHER LANDTAG

24. 02. 2026

Große Anfrage

Anna Nguyen (AfD), Christian Rohde (AfD), Andreas Lichert (AfD), Klaus Gagel (AfD), Olaf Schwaier (AfD) und Dr. Frank Grobe (AfD)

Der „Bürokratie-Melder“ der Staatskanzlei Hessen: Eine kritische Evaluation von Prozessoptimierung, Stakeholder-Integration und evidenzbasierter Reformsteuerung

Der im Juli 2024 eingeführte „Bürokratie-Melder“ der Hessischen Staatskanzlei ist ein zentrales Instrument der landespolitischen Entbürokratisierungsstrategie; er ermöglicht Bürgern, Unternehmen und Verbänden, konkrete Erfahrungen mit übermäßiger Bürokratie und ineffizienten Verwaltungsprozessen praxisnah zu melden, um daraus evidenzbasierte Maßnahmen zur Prozessvereinfachung und Reduktion administrativer Belastungen abzuleiten. Ziel ist die systematische Identifikation von Belastungen, die Ableitung organisatorischer und legislativer Maßnahmen sowie die Förderung von Transparenz und Vertrauen zwischen Verwaltung und Bevölkerung. Erste Beobachtungen belegen den Eingang praxisorientierter Mitteilungen aus diversen gesellschaftlichen und ökonomischen Sektoren. Gleichwohl bleibt die Wirksamkeit des Instruments kritisch zu prüfen: Es ist unklar, in welchem Maße die Meldungen tatsächlich zu strukturellen Reformen führen, ob der Zugang und die Nutzung repräsentativ für alle relevanten Gruppen sind, und wie die gewonnenen Daten systematisch in Entscheidungsprozesse einfließen. Somit eröffnet der „Bürokratie-Melder“ zwar Potenziale für administrativen Effizienzgewinn und evidenzbasierte Reformen, gleichzeitig bestehen signifikante Fragen hinsichtlich Effektivität, Partizipation und Evaluation.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen Wirtschafts- und Tätigkeitsbereichen rekrutiert sich der quantitativ dominierende Anteil der seit Inbetriebnahme des „Bürokratie-Melders“ verzeichneten Meldungseingänge?
2. Wie viele der insgesamt beim „Bürokratie-Melder“ eingegangenen Meldungen wurden als zuständig eingestuft und anschließend bearbeitet?
3. Wie viele Meldungen wurden beim „Bürokratie-Melder“ als unzuständig bewertet?
4. Wie viele der Meldungen wurden ohne weitere inhaltliche Bearbeitung abgeschlossen?
5. Wie viele Meldungen wurden zur fachlichen Prüfung an andere Ressorts oder Behörden weitergeleitet? Bitte die Anzahl je Ressort angeben.
6. In wie vielen Fällen wurde aufgrund einer Meldung ein Verwaltungsvorgang geändert? Bitte den jeweiligen Vorgang präzise benennen.
7. In wie vielen Fällen wurde aufgrund einer Meldung eine Verwaltungsvorschrift, ein Erlass oder ein Rundschreiben erlassen oder geändert? Bitte unter Angabe des konkreten Regelungsakts antworten.
8. In wie vielen Fällen wurde aufgrund einer Meldung ein Gesetzgebungsverfahren initiiert oder geändert? Bitte das jeweilige Verfahren präzise ausweisen.
9. Wie viele Meldungen befinden sich aktuell – Stand Februar 2026 – noch in Bearbeitung?
10. Wie lange beträgt die durchschnittliche Bearbeitungsdauer einer Meldung vom Eingang bis zum Abschluss? Bitte Median und arithmetisches Mittel angeben.
11. Wird zu jeder Meldung eine Akte oder ein Vorgang angelegt?

12. In Bezug auf Frage 11: Falls nein: Nach welchen Kriterien nicht?
13. In Bezug auf Frage 11: Falls ja: Nach welchen Kriterien?
14. Existieren im Rahmen einer wissenschaftlichen Evaluation interne oder externe Auswertungen, welche die Art und Herkunft der eingegangenen Meldungen untersuchen?
15. Falls solche Auswertungen vorliegen: Auf welche Weise erfolgt deren Bearbeitung, und können die entsprechenden Berichte beziehungsweise Quellen präzise benannt werden?
16. Besteht ein Austausch mit dem „IHK-Bürokratie-Melder“ in Hessen über eingegangene Hinweise?
17. Falls kein Austausch mit dem IHK-Bürokratie-Melder in Hessen erfolgt: Aus welchen Gründen wird von einem solchen Austausch abgesehen?
18. Wie hoch sind die gesamten jährlichen Aufwendungen für die Bearbeitung der im Rahmen des „Bürokratie-Melders“ eingehenden Meldungen? Bitte diese Gesamtkosten anschließend differenziert nach Personalkosten (unter Angabe der hierfür vorgesehenen Vollzeitäquivalente), Sachkosten sowie Verwaltungs- und Gemeinkosten aufschlüsseln.

Wiesbaden, 24. Februar 2026

Anna Nguyen
Christian Rohde
Andreas Lichert
Klaus Gagel
Olaf Schwaier
Dr. Frank Grobe